I. **Anmeldung**

TOP: 2.0

Jugendhilfeausschuss

Sitzungsdatum 09.03.2017

öffentlich

Betreff:
Versorgung von Jugendlichen ohne soziale Anbindung;
Hier: Antrag der CSU Stadtratsfraktion vom 03.11.2016

Anlagen:
2.1 Sachverhalt - Unterlagen werden nachgereicht -

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		☐	☐	☐	☐
		☐	☐	☐	☐

Sachverhalt (kurz):
Die Problematik der jungen Menschen, die aus bestehenden, dem Grunde nach geeigneten Hilfesystemen immer wieder herausfallen, beschäftigt sowohl die Jugendhilfe als auch die Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP), aber auch die Polizei.
Immer wieder mangelt es hier an individuellen, passgenauen Anschlusshilfen. Eine psychiatrische Indikation für eine Behandlung in der KJP ist, über Akutsituationen von Fremd- und Selbstgefährdung hinaus häufig nicht gegeben. Zum anderen ist immer wieder auch das nötige Mindestmaß an Mitwirkungbereitschaft bei den Jugendlichen nicht vorhanden.

Aktuell ist zur Verbesserung dieser Situation eine regionale Clearingstelle mit Anbindung an die Kinder-und Jugendpsychiatrie, eine Erweiterung der Platzzahlen in der KJP und die Flexibilisierung von Hilfen und individuelle Betreuungskonzepte in Träger-Kooperationen in Planung.

Bezug zum Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik: Leitlinie 3: Rechte von Kinder und Jugendlichen durchsetzen.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Zu den Auswirkungen bzgl. Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund u. w. siehe Darstellungen im Bericht.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

II. **Herrn OBM**

III. **Ref. V**

Nürnberg, 17.02.2017
Prölß

(5500)